

# **Umweltausschuss**

## **Protokoll Nr. UA/01/2021**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des  
Umweltausschusses am 16.02.2021,  
Ahrensburg, Sporthalle des Schulzentrums Am Heimgarten,  
Reesenbüttler Redder 4 - 10, 22926 Ahrensburg**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:15 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Christian Schmidt

#### **Stadtverordnete**

Herr Gerhard Bartel  
Herr Oliver Böge  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Volkmar Kleinschmidt  
Frau Cordelia Koenig  
Herr Detlef Levenhagen  
Herr Jochen Proske  
Frau Karen Schmick

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Klaus Goldbeck  
Frau Michaela Knaack  
Herr Jan Jasper Lauert  
Frau Sibylle von Rauchhaupt

#### **Verwaltung**

Herr Peter Kania  
Frau Katja Heinecke  
Herr Hauke Schmidt  
Rolf Schmidt  
Frau Julia Brötzmann

Protokollführerin

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/07/2020 vom 09.12.2020
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO  
- k e i n e -
  - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 6.2.1. Aktion „Sauberes Schleswig-Holstein“
    - 6.2.2. Vermehrtes Müllaufkommen in der Großen Straße nahe des Rondeels
    - 6.2.3. Illegale Müllentsorgung - Pressemitteilung
    - 6.2.4. Statusbericht zum Projekt „ioki“ – Ungenügende Postwurfsendungen
    - 6.2.5. Informationen zu Baumfällungen
7. Vorstellung der neuen Fachdienstleitung IV.5 – Grünflächen und Klimaschutz
8. Benennung einer stimmberechtigten Vertretung für den Friedhofsausschuss **2020/017**
9. 2. Offenlage der Antragsunterlagen LLUR zum MHKW/KVA-Stapelfeld **2020/140**  
- Einwendungen zur 2. Offenlage
10. Flächennutzungsplan **2020/135**  
- Aufnahme einer weiteren Potentialfläche
11. Erlass der III. Nachtragshaushaltssatzung 2020/2021; Beschluss **2020/142**
12. Landesentwicklungsplan (LEP) - Beteiligung zum 2. Entwurf **2020/150**  
- Kenntnisnahme der Stellungnahme

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 13.1. Spenden von Bäumen durch Bürger\*innen für das Ahrensburger Stadtgebiet
- 13.2. Solaranlagen auf städtischen Gebäuden

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

## 3. Einwohnerfragestunde

**Herr Peter Körner** als 1. Vorsitzender der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V. ergreift das Wort und äußert folgend zwei Fragen:

Seine erste Frage bezieht sich auf die Möglichkeit, einen Kinderspielplatz im Stadtteil Ahrensfelde zu errichten. Dazu schlägt die Dorfgemeinschaft das Flurstück 39/1 der Flur 003 in der Gemarkung Ahrensfelde - mit einer Größe von insgesamt 450 m<sup>2</sup> - als idealen Standort für einen solchen Spielplatz vor. Der genaue Wortlaut ist der **Anlage 1** zu entnehmen; der Standort ist als Lageplan der **Anlage 2** zu entnehmen.

Die Verwaltung gibt hier darüber Auskunft, dass hierzu ein Antrag von der Dorfgemeinschaft gestellt werden könne, über welche in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Umweltausschusses beraten und ggf. beschlossen werden könnte.

Die zweite Frage von Herrn Körner bezieht sich auf den TOP 10 - Flächennutzungsplan - Aufnahme einer weiteren Potentialfläche - und der damit verbundenen Vorlage Nr. 2020/135. Er äußert Bedenken dahingehend, dass der zusätzliche PKW-Verkehr in Richtung A7/A23 den - ohnehin schon überlasteten - Straßenzug Dorfstraße/Brauner Hirsch noch mehr in Anspruch nehmen. Ziel sei es jedoch gewesen, die Lärmbelastungen für die dortigen Anlieger zu minimieren. Der genaue Wortlaut ist der **Anlage 3** zu entnehmen.

Die Verwaltung erklärt, dass es sich um die Anfrage eines Investors handele. Hier wird demnach eine zukünftige Bebauung der Fläche durch Wohneinheiten als auch Einzelhandel beantragt. Die Entwicklung von Einzelhandel wird aus Sicht der Verwaltung als kritisch angesehen, da verkehrsrechtliche sowie auch landschaftsplanerische Aspekte dagegensprechen. Von daher würde hier nur eine Wohnbebauung vorgesehen werden, ähnlich der in der Umgebung vergleichbaren Dichte.

Im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) von 1974 - sowie auch im FNP-Entwurf aus dem Jahre 2016 - ist diese Fläche nicht als Wohnbaufläche dargestellt. Es handelt sich vielmehr um eine Fläche im Landschaftsschutzgebiet. Einen Beschluss dazu würde der zuständige Bau- und Planungsausschuss fassen.

**Herr Andreas Hausmann** schließt sich im Namen der Interessenvertretung Ahrensburger Kamp den Ausführungen von Herrn Körner an. Er kritisiert, dass die Fläche nicht für eine solche Bebauung geeignet sei.

Anschließend bedankt sich **Herr Jürgen Siemers** - 1. Vorsitzender des Bürger- und Grundeigentümergebietes Waldgut Hagen e. V. - zunächst bei der Verwaltung und den beteiligten Ausschussmitgliedern für die am Mittwoch, dem 03.02.2021, stattgefundene Videokonferenz hinsichtlich der 2. Offenlage der Antragsunterlagen zum MHKW-Stapelfeld. Er weist auf einen Fehler in der gutachterlichen Stellungnahme des Ingenieurbüros für Umweltschutztechnik (IfU), Peter Gebhardt, hin. So ist auf Seite 9 des Gutachtens bei den Quecksilberwerten ein Zahlendreher zu finden. Dieser wurde durch eine erneute Fassung des Gutachtens vom 16.02.2021 korrigiert. Er übergibt zudem eine Gegenüberstellung der vereinbarten Grenzwerte, welche der Kreis Stormarn mit der EEW hinsichtlich der MVA-Stapelfeld vereinbart hat, welche dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist.

Auch Herr Siemers äußert im Anschluss Bedenken hinsichtlich der schon von Herrn Körner angesprochenen Aufnahme einer weiteren Potentialfläche.

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Einladung zur heutigen Sitzung und erfragt bei den anwesenden Ausschussmitgliedern, ob Änderungswünsche oder aber Notwendigkeiten für eine Änderung bestehen.

Dies ist seitens der Ausschussmitglieder nicht der Fall.

Folgend wird über die Tagesordnung abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## **5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/07/2020 vom 09.12.2020**

Seitens der Mitglieder des Umweltausschusses bestehen keine Einwände.  
Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

## **6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung**

### **6.1. Berichte gem. § 45 c GO**

— *k e i n e* —

### **6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

#### **6.2.1. Aktion „Sauberes Schleswig-Holstein“**

Die Verwaltung teilt mit, dass die Geschäftsstellen des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages und des Städteverbandes Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Kooperationspartnern der Aktion „Sauberes Schleswig-Holstein“ entschieden haben, dass es aufgrund der aktuellen Infektionslage und den derzeit geltenden Beschränkungen nicht möglich sein wird, die Aktion am 06.03.2021 wie gewohnt durchzuführen.

Es sei geplant, die Aktion im Herbst dieses Jahres durchzuführen. Ein Ersatztermin werde zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

### **6.2.2. Vermehrtes Müllaufkommen in der Großen Straße nahe des Rondeels**

Nachdem der Vorsitzende innerhalb der Sitzung des Umweltausschusses am 09.12.2020 auf ein vermehrtes Müllaufkommen in der Großen Straße - im Bereich des Rondeels - hingewiesen hatte, wurde dies seitens der Verwaltung geprüft. So beabsichtigt der Citymanager der Stadt Ahrensburg, zwei der ansässigen Fastfood-Anbieter aufzufordern, zusätzliche Papierkörbe zwecks Entsorgung der ausgegebenen Einwegverpackungen aufzustellen.

Im Hinblick auf die vermehrte Nutzung von „Coffee-to-go-Bechern“ infolge der Corona-Pandemie-Beschränkungen ist die Verwaltung zuversichtlich, dass mit den Lockerungen der Corona-Beschränkungen in den wärmeren Monaten auch das Müllaufkommen durch diese Becher abnehmen wird.

### **6.2.3. Illegale Müllentsorgung - Pressemitteilung**

Die Verwaltung teilt mit, dass derzeit eine Pressemitteilung hinsichtlich der innerhalb der Sitzung des Umweltausschusses am 09.12.2020 geäußerten Bitte, sich mit einer entsprechenden Information an die Bürgerinnen und Bürger zu wenden, erstellt wird und sich bereits in der internen Abstimmung befindet.

Es werde somit eine Information über die aufkommenden Kosten der Entsorgung von illegal entsorgtem Sperrmüll an die Öffentlichkeit abgegeben.

### **6.2.4. Statusbericht zum Projekt „ioki“ – Ungenügende Postwurfsendungen**

Die Verwaltung stellt einen Statusbericht zum „On-Demand Verkehrsprojekt ioki“ vor. Dieser ist als **Anlage** beigefügt.

Darin ist unter anderem auch die Rede davon, dass bereits in der Woche vor Weihnachten alle Ahrensburger Haushalte einen Flyer mit Informationen zum ioki-Shuttle in Form einer Postwurfsendung erhalten hätten.

Ein Ausschussmitglied sagt hierzu, dass tatsächlich nicht alle Haushalte eine solche Information erhalten hätten.

Es sei hiermit angemerkt, dass dieser Umstand bereits bekannt ist. Die Postwurfsendung wurde von den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein beauftragt. Momentan würden diese auch eine Prüfung bezüglich der mangelnden Ausgabe o. g. Postwurfsendungen vornehmen.

Häufig hätten Haushalte zudem einen Aufkleber mit „Bitte keine Werbung einwerfen“ an ihrem Briefkasten angebracht. Dementsprechend durften dort keine Postwurfsendungen eingeworfen werden.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob seitens der Verwaltung eine erneute Information an die Bürger\*innen erfolgen würde, teilt die Verwaltung mit, dass eine Werbeoffensive in Form von Plakaten sowie einer Social-Media-Kampagne für die Zeit ab April 2021 geplant ist. Die Mittel hierfür sind im III. Nachtragshaushalt 2021 berücksichtigt.

#### **6.2.5. Informationen zu Baumfällungen**

Die Verwaltung gibt Auskunft über die aktuell geplanten Baumfällungen, welche seitens der Stadt beauftragt werden. Eine Übersicht dazu ist als **Anlage** dieser Niederschrift beigelegt.

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass in Hamburg derzeit die Rindenkrankheit Pseudomonas, welche bereits seit mehr als zehn Jahren die Hamburger Roskastanien befallt, zu einem Absterben der bestehenden 6.000 Kastanien führen würde. Es gebe hierfür kein Gegenmittel. Wegen des unaufhaltsamen Sterbens der Bäume würden auch keine Kastanien mehr nachgepflanzt.

Es wird daher angefragt, ob dieser Umstand auch der Verwaltung bekannt ist, ferner ob zu befürchten sei, dass die bestehenden Kastanien ebenfalls von selbiger Rindenkrankheit befallen sein könnten.

Die Verwaltung gibt Auskunft darüber, dass derzeit keine Anzeichen dahingehend erkennbar sind. Die Kastanien im Stadtgebiet sind demnach ausreichend gesund und vital. Es wird zugesagt, im Zuge der regelmäßigen Baumkontrolle ein besonderes Augenmerk auf die Vitalität der Kastanien zu legen.



**7. Vorstellung der neuen Fachdienstleitung IV.5 – Grünflächen und Klimaschutz**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Katja Heinecke als neue Fachdienstleiterin des Fachdienstes IV.5 - Grünflächen und Klimaschutz - und wünscht ihr für ihre neuen Aufgaben viel Erfolg.

**8. Benennung einer stimmberechtigten Vertretung für den Friedhofsausschuss**

Die rechtlich zulässige Vertretung in diesem Ausschuss wird seitens der Stadtverwaltung durch den Fachbereich IV durch zwei stimmberechtigte Vertreter wahrgenommen. Dies ist zum einen Herr Ulrich Kewersun als Fachdienstleiter IV.1 - Bauverwaltung. Seine Vertretung in jenem Ausschuss kam bei Fragen des Wirtschaftsbetriebes/öffentlichen Rechts zum Einsatz.

Bereits zum 31.03.2020 schied die bisherige zweite Vertreterin für den Friedhofsausschuss, Frau Annette Kirchgeorg, als Fachdienstleiterin IV.5 - Grünflächen und Klimaschutz - aus. Sie nahm bis dahin die Vertretung bei einer Tagesordnung mit den Aspekten Friedhofsgestaltung/Gärtnerei wahr.

Um diese einvernehmliche und reibungslose Aufgabenteilung zu erhalten wird empfohlen, auch künftig die Leitung des Fachdienstes IV.5 und damit Frau Katja Heinecke zu benennen.

Abschließend lässt der Vorsitzende über den Beschluss zur Vorlage Nr. 2020/017 abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## 9. 2. Offenlage der Antragsunterlagen LLUR zum MHKW/KVA-Stapelfeld - Einwendungen zur 2. Offenlage

Die Stadt Ahrensburg wurde als Träger öffentlicher Belange mit Schreiben des LLUR vom 09.12.2020 um Prüfung und Stellungnahme bis 18.01.2021 gebeten.

Diese Frist zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Behördenbeteiligung) basiert auf § 11 Satz 1 der 9. BImSchV - Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren). Danach haben die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, für ihren Zuständigkeitsbereich einen Monat Zeit, eine Stellungnahme abzugeben.

Da die o. g. Abgabefrist viel zu kurz und somit eine Behandlung in den politischen Gremien nicht möglich gewesen wäre, konnte die Verwaltung beim LLUR eine Fristverlängerung bis zum 09.03.2021 erwirken.

Wie bereits unter TOP 3 erwähnt, fand hierzu am 03.02.2021 eine Videokonferenz zwischen mehreren Vertretern des Umweltausschusses, der Verwaltung und auch Bürger\*innen statt.

Infolge dieser Videokonferenz wurde von dem beauftragten IfU Ingenieurbüro für Umweltschutztechnik, Peter Gebhardt, ein - in der korrigierten Fassung vom 16.02.2021 dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügtes - Gutachten erstellt.

Ein Ausschussmitglied führt aus, dass dieses Gutachten zusammen mit der bereits im Jahr 2019 abgegebenen Stellungnahme an das LLUR nun im Zuge einer erneuten Stellungnahme durch die Verwaltung zu berücksichtigen und dieser beizufügen sei. Die bereits abgegebenen Einwendungen beinhalten neun Punkte, diese sind der Vorlage Nr. 2019/102/1 zu entnehmen.

Es wird zudem ausgeführt, dass das laufende Genehmigungsverfahren und der privatrechtliche Vertrag zwischen der EEW und dem Kreis Stormarn als zwei unterschiedliche Dinge zu betrachten seien. Im Genehmigungsverfahren sei dieser daher von der LLUR nicht zu berücksichtigen.

Ein weiteres Ausschussmitglied regt an, auf den Grenzwerten jenes privatrechtlichen Vertrages zu bestehen. Dazu solle - in Abstimmung mit anderen betroffenen Gemeinden - auch der Landrat des Kreises Stormarn beteiligt werden.

Es wird daher folgender Beschlussvorschlag verfasst:

*Die Einwendungen zur 1. Offenlage werden erneut abgegeben inklusive des Gutachtens des IfU. Die Verwaltung wird aufgefordert, zusätzlich - in Abstimmung mit weiteren betroffenen Gemeinden - auf den Kreis Stormarn/Landrat einzuwirken, dass dieser eine Stellungnahme an das LLUR abgibt, in der die Berücksichtigung des zwischen Kreis und der EEW geschlossenen Vertrages im Genehmigungsverfahren gefordert wird.*

Im Folgenden lässt der Vorsitzende über obigen Beschlussvorschlag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:        Alle dafür**

Dem Beschlussvorschlag wird somit zugestimmt.



## 11. Erlass der III. Nachtragshaushaltssatzung 2020/2021; Beschluss

Die Verwaltung stellt zunächst die in der Anlage 3 zur Vorlage Nr. 2020/142 ersichtlichen Änderungen betreffend das Budget des Umweltausschusses vor.

Hierzu fragt ein Ausschussmitglied an, warum bei der Neuanlage von Spielplätzen - zu entnehmen der Seite 7 des Finanzhaushaltes obiger Anlage 3 unter dem Produktsachkonto 55105.0900002 - die Planungskosten pauschal mit 20.000 € angesetzt würden.

Die Verwaltung sagt hierzu aus, dass im Umweltausschuss beschlossen wurde, diese Mittel aus dem Haushalt 2020 in das Jahr 2021 zu übertragen. Jeder Spielplatz müsse individuell betrachtet und geplant werden. Manchmal könne die Planung im Hause durch eigene Mitarbeiter erledigt werden. Oft seien aber aus Kapazitätsgründen auch externe Planer zu beauftragen.

Weiterhin stellt ein Ausschussmitglied die Frage, wann mit dem von Herrn Körner unter TOP 3 beantragten Neubau eines Spielplatzes im Stadtteil Ahrensfelde zu rechnen sei.

Die Verwaltung führt aus, dass zunächst eine geeignete Fläche für einen Spielplatz gefunden werden müsse. Die vorgeschlagene Fläche – Flurstück 39/1 der Flur 3 in der Gemarkung Ahrensfelde - werde derzeit auf Eignung geprüft. Sollte diese Fläche nicht geeignet sein, müsse zunächst eine potentielle Fläche für den Bau eines Spielplatzes gefunden werden.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende den Antrag AN/014/2021 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Errichtung einer barrierefreien WC-Anlage am Regional-Bahnhof in Ahrensburg vor. Er erläutert ergänzend, dass die öffentliche Behinderten-WC-Anlage auf der südöstlichen Freifläche der Großen Straße bereits am 15.07.2020 in Betrieb genommen werden konnte; sie ist zwischen 6 Uhr und 24 Uhr zugänglich und benutzbar. Die Rückmeldungen seitens der Nutzer sind positiv.

Ein Ausschussmitglied sieht den geplanten Standort am Bahnhof derzeit als kritisch. Es sei demnach von der Deutsche Bahn AG geplant, den Bahnhof Ahrensburg in einen „Zukunftsbahnhof“ umzubauen. Hier wird davon ausgegangen, dass darin inbegriffen auch eine barrierefreie WC-Anlage ist.

Ein weiteres Ausschussmitglied regt dazu an, nicht bis zum Umbau des Bahnhofes zu warten. Vielmehr soll eine neue WC-Anlage schnellstmöglich in Betrieb genommen werden. Daher sei es auch wichtig, die beantragten 165.000 € für den III. Nachtragshaushalt 2021 freizugeben. Ferner solle versucht werden, gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG eine solche WC-Anlage zu errichten.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass von Seiten der Deutsche Bahn AG derzeit keine Errichtung einer WC-Anlage für die Öffentlichkeit beabsichtigt ist. Vielmehr solle die bestehende Bedürfnisanstalt am ZOB erneuert werden. So wäre eine Nutzung für die Angestellten des öffentlichen Personennahverkehrs (VHH, Autokraft und der Taxenunternehmen) jederzeit möglich, nicht jedoch für die Öffentlichkeit. Die Errichtung einer versetzbaren WC-Anlage wie in der Großen Straße wird daher auch von der Verwaltung begrüßt.

Der Behindertenbeirat ergänzt weiter, dass der Begriff „moderner Bahnhof“ aus Sicht der Deutsche Bahn AG nicht mit einem barrierefreien WC zu vereinbaren ist. Vielmehr sei hierbei die Digitalisierung oder die Barrierefreiheit der Bahnsteige gemeint. Zudem bestehe die Möglichkeit, die geplante WC-Anlage am Bahnhof - auch nach deren Inbetriebnahme - an einen anderen Standort zu versetzen.

Die ergänzende Anpassung im Budget des Umweltausschusses zum III. Nachtragshaushalt 2021, welche dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist, wurde vorab an alle Ausschussmitglieder versandt. Es werden für die Errichtung des urbanen Parks auf der Freifläche des Stormarnplatzes 12.000 € benötigt. Die eigentlichen Planungsgelder in Höhe von insgesamt 125.000 € - betreffend das PSK 55100.1211003 - können zu 90 % als Fördermittel berücksichtigt werden. Hierzu bestehen keine weiteren Fragen.

Der Vorsitzende lässt im Anschluss an die Diskussion zunächst über den Antrag AN/014/2021 abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: 12 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 3SPD, 1 Linke, 1 FDP)**  
**1 Enthaltung (1 WAB)**

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird somit zugestimmt.

Weiterhin wird nun über die ergänzende Anpassung zum III. Nachtragshaushalt 2021 im Budget des Umweltausschusses abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 11 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 2 SPD, 1 Linke, 1 FDP)**  
**2 Enthaltungen (1 SPD, 1 WAB)**

Den Ergänzungen zum III. Nachtragshaushalt 2021 im Budget des Umweltausschusses wird somit zugestimmt.

Schließlich lässt der Vorsitzende über den - mit den Änderungen durch die Zustimmung zum Antrag AN/014/2021 sowie den vorgenannten Ergänzungen zum III. Nachtragshaushalt 2021 im Budget des Umweltausschusses - in der Vorlage Nr. 2020/142 genannten Beschlussvorschlag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Dem Beschlussvorschlag wird mit obigen Änderungen zugestimmt.

## 12. Landesentwicklungsplan (LEP) - Beteiligung zum 2. Entwurf - Kenntnisnahme der Stellungnahme

Die Verwaltung stellt die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor. Es wird erläutert, dass keine Einwände oder Bedenken zu den Zielen und Grundsätzen im LEP bezüglich der Entwicklung des Raumes Ahrensburg bestehen. Dennoch solle der Hinweis in der Stellungnahme gegeben werden, dass innerhalb der erweiterten Fläche „Entwicklungsräume für Tourismus und Erholung“ die geplanten Gewerbegebietserweiterungsflächen östlich des GE Nord sowie nahe des Autobahnanschlusses „Ahrensburg“ liegen und hier keine Einschränkungen hinsichtlich der geplanten Nutzungen erfolgen darf.

Der Vorsitzende fragt hierzu an, warum die Fläche östlich des GE Nord als Gewerbegebiet bezeichnet wird. Im Entwurf des FNP ist dieses Gebiet als „Weißfläche“ dargestellt.

Die Verwaltung gibt Auskunft darüber, dass die Festsetzung jener Fläche als Gewerbefläche erst im Rahmen der Stellungnahme nachgeholt werden wird.

Weitere Fragen seitens des Umweltausschusses bestehen nicht; es handelt sich bei diesem Tagesordnungspunkt um eine Kenntnisnahme, sodass hierzu keine Abstimmung erfolgt.



### **13. Anfragen, Anregungen, Hinweise**

#### **13.1. Spenden von Bäumen durch Bürger\*innen für das Ahrensburger Stadtgebiet**

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob in Ahrensburg die Möglichkeit seitens der Bürger\*innen bestünde, zu besonderen Anlässen einen Baum zu spenden und entsprechend zu pflanzen. Als Beispiel wird hierzu die seit 2011 in Hamburg durchgeführte Spendenaktion „Mein Baum - Meine Stadt“ angeführt.

So habe die Hamburger Behörde für Umwelt und Energie Millionenbeträge für die Pflege der Straßenbäume ausgegeben. Das Geld reichte dennoch nicht, um alle Bäume zu ersetzen, die gefällt werden mussten, weil sie krank waren oder nicht mehr standfest. In diesen Fällen blieb eine Lücke. Aufgrund der großen Resonanz bei den Hamburgerinnen und Hamburgern habe der Senat beschlossen, die Aktion fortzuführen.

Die Verwaltung gibt Auskunft darüber, dass Ahrensburg derzeit nicht über eine ausreichend große Fläche zur Anpflanzung nennenswerter Mengen gespendeter Bäume verfüge.

Denkbar sei es, Baumspenden für die jährlich erfolgenden Ersatzpflanzungen der Straßenbäume zu verwenden. Auch in einigen wenigen Grünzügen sei die Pflanzung zusätzlicher Bäume möglich.

Die Verwaltung wird prüfen, ob und zu welchen Konditionen geeignete Flächen zur Anpflanzung gespendeter Bäume erworben werden können.

#### **13.2. Solaranlagen auf städtischen Gebäuden**

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob die bereits innerhalb der Sitzung des Umweltausschusses vom 12.02.2020 zugesagte Prüfung, ob und wie Dachbegrünungen und/oder die Installation von PV-Anlagen auf vorhandenen städtischen Gebäuden und/oder Neubauten möglich sind bzw. schon erfolgt sei.

Die Verwaltung erläutert, dass der städtische Energiemanager derzeit in einem anderen Aufgabenfeld tätig ist, der gewünschte Bericht aber in Arbeit ist.

gez. Christian Schmidt  
Vorsitzender

gez. Julia Brötzmann  
Protokollführerin